



Wir haben keine Wahl ...

Unser X machen wir beim Castor-Transport im November!

In der ersten oder zweiten Kalenderwoche im November soll der nächste Transport von 12 Castorbehältern mit hochradioaktiven Glaskokillen aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben rollen.

Bei der Bundestagswahl am 18. September entscheidet sich hierzu lediglich, welche an die Macht gekommene Parteienkonstellation mit der obligatorischen fünfstelligen Polizeiarmada die Strecke frei räumen lässt. Das Ausfüllen des Wahlzettels wird so zum Ausfüllen eines eigenen Strafzettels. Wir haben also keine andere Wahl, als unser X laut und deutlich, und bunt und fantasievoll an der Transportstrecke zu präsentieren. Die Schuhe sind geschnürt, wir stehen bereits in den Startlöchern. Wer glaubt, wir würden nach inzwischen 28 Jahren Widerstand gegen den atomaren Wahnsinn endlich mal Ruhe geben, befindet sich genauso im Irrtum, wie mit der Durchsetzung der Atomkraftnutzung gegen den Willen und auf Kosten der Bevölkerung.

Egal, ob die neue Obermarionette nun Schröder, Merkel, oder vielleicht am besten gleich Heinrich von Pierer heißen wird, das Kapitalinteresse der Atomindustrie bleibt gesichert.

"Es reicht nicht aus, nur die Laufzeiten der Atomkraftwerke von 32 auf 40 Jahre zu verlängern", meint Heinrich von Pierer gegenüber dem "Handelsblatt". Er verwies darauf, dass in anderen Ländern wie beispielsweise den USA gegenwärtig Pläne umgesetzt würden, "die Lebensdauer auf 60 Jahre zu verlängern". Merkel, die gerne Fehler beim Beladen von Castoren damit herunterspielt, dass beim Kuchen backen ja auch

mal ein bisschen Backpulver verloren geht hat, damit wir alle wissen, wohin die atomare Reise noch gehen soll, Siemens - Pierer ins beratende Kompetenzteam geholt. Bei CDU-Wahlkampfveranstaltungen lässt Merkel ihren Auftritt mit dem Rolling Stones - Hit „Angie“ einleiten. Eine wunderbare Idee, denn im Text des Liedes geht es eindeutig um Trennung!

Der Begriff „Laufzeitverlängerung“ bleibt doppeldeutig. Sollten vielleicht eigentlich die Polizisten gemeint sein, die abkommandiert werden, neben dem rollenden Strahlendreck her zu traben? Weniger Geld bekommen sie ja bereits für das zweifelhafte Strahlungsvergnügen.

Es wird in Gorleben also wieder den rituellen Aufmarsch geben, den wir gewohnt sind, uns aber nicht daran gewöhnen wollen!

Egal welche Parteienkonstellation sich auf den Stühlen der Macht breit sitzt, in Gorleben wird sich nichts Wesentliches ändern. Die CDU kündigt an, den Salzstock möglichst schnell für ein Endlager „weiter zu erkunden“. Unter Rot/Grün und dem eventuellen Endlagersuchgesetz wird auf Dauer auch weiter erkundet, natürlich „vergleichend“. Und zwischendurch werden weiter Castortransporte ins Gorlebener Zwischenlager eskortiert, die einen Sachzwang auf Gorleben als Endlagerstandort zur Folge haben. Das BMU gibt inzwischen gegenüber dem Atomausschuss des Landkreises Lüchow Dannenberg unumwunden zu, dass eine Barrierefunktion des „Deckgebirges“ nicht gibt. Statt konsequent die Endlagerbaustelle dicht zu machen, soll der nächste Atommülltransport ins Zwischenlager durchgeknüpelt werden.

... Illusion einer angeblich möglichen Entsorgung ...

Warum das alles? Atomanlagen dürfen laut Atomgesetz nur dann betrieben werden, wenn eine Entsorgung nachgewiesen werden kann. Würde Gorleben nach den vorhandenen wissenschaftlichen Kriterien endlich vom Planspiel der Atomindustrie gestrichen, wäre ja Bevölkerung und den Gerichten so schnell keine weitere Illusion einer angeblich möglichen Entsorgung des strahlenden Finanzmülls auf die Nase zu binden. Der profitable Weiterbetrieb der Atommeiler stünde auf dem Spiel.

Wer erinnert sich noch an die Warnung des Präsidenten des Bundsats für Strahlenschutz, Wolfram König, die Meiler Isar I, Philippsburg I, Biblis A und Brunsbüttel abzuschalten, weil sie nicht ausreichend vor Flugzeugabstürzen geschützt sind? Die Strahlenschleudern laufen immer noch. Obrigheim stand mit auf der Warnliste, inzwischen abgeschaltet, weil kein

Profit mehr herauszuholen war und die Restlaufzeit sich bequem auf andere AKW übertragen ließ.

Bei der Kriminalisierung von unliebsamen Atomkraftkritikern müsste es die CDU allmählich gelingen in den nächsten Verfassungsschutzberichten auf einen Spitzenplatz zu bringen. Niedersachsens Innenminister Schünemann hat angekündigt, wer sich in Gorleben ankettet hat mit einem Gentest zu rechnen. Ihm reicht es nicht, dass er vom Bundesverfassungsgericht gehörig eins auf die Lauscher bekommen hat, als er Göttinger Atomkraftgegner abhören und bis aufs Klo an der Uni observieren ließ. Schünemann will jetzt sogar den Posten eines unabhängigen Datenschutzbeauftragten eliminieren und den sensiblen Bereich ausgerechnet seinem Innenministerium unterstellen. Der Verfassungsschutz sieht untätig zu. Dabei sind die nächsten von Politikern abgeseigneten verfassungsfeindlichen Vorgänge um Gorleben bereits durch die Genehmigung der Castortransporte angekündigt: Verstöße gegen die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, Demonstrationsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung. Der Angriff auf die Pressefreiheit durch die polizeiliche Heimsuchung der Redaktion der Zeitschrift „anti atom aktuell“ inklusive Konfiszierung der Arbeitsgrundlage für die nächste Ausgabe ist der erste Vorgeschmack auf den Einmarsch zum Transport. An der Brücke bei Lüneburg über den Elbe-Seiten-Kanal werden bereits seit Ende August Steuergelder durch in Containern stationierte Castorpolizei verschleudert. Der Auftakt der Uniformierten hat längst begonnen. Die Auftaktdemonstration im Wendland findet am Wochenende vor dem Transport trotzdem statt. Aber vorher mobilisieren wir zur bundesweiten Anti Atom Demonstration der Umweltverbände und Initiativen am 5. November in Lüneburg unter dem Motto „Atomkraft Nein Danke – Erneuerbare Energien jetzt!“

Atomkraft und Demokratie bleiben unvereinbare Gegensätze

Was wir in Gorleben, Ahaus und sonstwo erleben, lässt nur das Fazit zu, die Durchsetzung der Atomkraft ist eines demokratischen Gemeinwesens zutiefst unwürdig. Atomkraft und Demokratie bleiben unvereinbare Gegensätze.

Wir stellen uns weiter entschieden dagegen quer! Für den sofortigen Ausstieg aus der Atomindustrie. Für den Erhalt der Grundrechte und gegen das Kapitalinteresse der Atommafia.

Francis Althoff

Inhalt

- S. 1 Wir haben keine Wahl ...
- S. 2 Nicht Demonstrationen gefährlich ...
BMU: Fehlende Barriere
- S. 3 Ausstieg ohne Strahlkraft
- S. 4/5 Atomkraft und Klima
- S. 6 Hausdurchsuchung aaa-Redaktion
- S. 7 Nachruf auf Traute Kirsch
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebänden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegen z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei

Nicht Demonstrationen, sondern Castor gefährlich

Richterliches Ping Pong um Einkesselung von Atomkraftgegnern

Die 10. Zivilkammer des Landgerichts Lüneburg hat in einem nun bekannt gegebenen Beschluss vom 25. Juli eine gleich zweifache Rechtswidrigkeitsfeststellung des Dannenberger Amtsgerichts unter den Richtertisch gekehrt.

Hintergrund: Am 13. November 2002 fanden sich an der Castor - Strassentransportstrecke in Laase ab Mitternacht um die tausend Menschen zu einer Sitzblockade auf der Strasse zusammen. Dieser Ort war Bestandteil einer von der Lüneburger Bezirksregierung verhängten Versammlungsverbotzone von 70 Kilometern Länge und 100 bis 500 Metern Breite. 724 Atomkraftgegner wurden bei Eiseskälte über sieben Stunden lang durch Polizeikräfte eingekesselt.

Auf Antrag eines Betroffenen stellte das Amtsgericht Dannenberg mit Beschluss vom 22. Juli 2004 nachträglich die Unrechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung mit der Begründung fest, diese sei schon dem Grunde nach rechtswidrig gewesen, da die Polizei nicht in der Lage gewesen sei, bei der Ingewahrsamnahme menschenwürdige und zumutbare Bedingungen zu gewährleisten. Die Einkesselung bis zum Morgengrauen fand bei Nässe und Kälte, ohne ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, warmen Getränken, Decken und Toiletten statt.

Auf Beschwerde der Bezirksregierung hob das Lüneburger Landgericht diesen Beschluss am 27. September 2004 wieder auf und verwies die Sache zur erneuten Entscheidung an das Dannenberger Amtsgericht zurück. Dieses stellte mit Beschluss vom 25. November 2004 jedoch unbeirrt erneut die Rechtswidrigkeit der Freiheitsentziehung fest, da die Voraussetzungen für eine Freiheitsentziehung nicht vorgelegen hätten. Gegen diesen Beschluss wendeten sich die Lüneburger Bezirksregierung und Polizeidirektion mit einer sofortigen Beschwerde abermals an das Landgericht.

In dem neuen Gerichtsbeschluss heißt es: „Auch besteht ein besonderes Interesse der Allgemeinheit an einer schnellstmöglichen und reibungslosen Durchführung des Transportes, zumal sich mit jeder Verzögerung des Transportes und Verlängerung der Transportdauer nicht nur das Transportrisiko, nämlich das Risiko der Beschädigung der Castoren während des Transportes sowie die Gefahr des Austretens radioaktiver Strahlung erhöht. Deren gesundheitliche Folgen sind nicht nur für die den Transport begleitenden Beamten, die Anwohner und die Demonstranten ebenso wenig absehbar wie die Auswirkungen auf die Umwelt. Jede Verlängerung des Transportes erhöht zudem die vom Steuerzahler, also der Allgemeinheit zu tragenden Transportkosten und widerspricht daher dem Interesse der Allgemeinheit“.

Dazu fasst BI-Anwältin Karen Ullmann zusammen: „Die Richter des Lüneburger Landgerichts begründen, warum die Gefährlichkeit eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz durch eine Ordnungswidrigkeit eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit ist damit, dass nämlich der Transport so gefährlich ist. Gefährlich sind nicht die Demonstrationen, sondern der Transport, ist dem Urteil zu entnehmen“. Für die BI liegt da nur eine Schlussfolgerung nahe. Damit zieht das Gericht aber die falschen Konsequenzen. Denn nicht nur beim Transport, sondern auch bei der jahrelangen, gerade einmal 70 Kilometer vom Landgericht entfernten, oberirdischen Zwischenlagerung in Gorleben, geht eine permanente und erhebliche Gefahr für Leib und Leben der Allgemeinheit aus.

Francis Althoff

Landgericht Lüneburg Geschäftsnr.: 10T 87/04
39 XIV 473/02 L Amtsgericht Dannenberg

BMU bestätigt fehlende Barriere über Salzstock Gorleben

Statt Sicherheit : Atommüll einfach im Salz verbuddeln?

Über dem Salzstock Gorleben gibt es kein „dichtes Deckgebirge“, das als zweite geologische Barriere einen langfristigen Schutz gegen die mögliche Freisetzung von hochstrahlendem Atommüll aus einem „Endlager“ in die Umwelt übernehmen kann.

Das bestätigt das Bundesumweltministerium (BMU) gegenüber dem Ausschuss für Atomanlagen, Zivil- und Katastrophenschutz des Landkreises Lüchow-Dannenberg. „Das Deckgebirge weist in der Tat eine geringe Barrierenwirkung auf“, heißt es in einer Antwort des BMU vom 7.7.05, das erst jetzt in einer öffentlichen Sitzung bekannt wurde.

Danach bestätigt das Ministerium die Ergebnisse von Bohrkernuntersuchungen aus dem Jahre 1983, die bereits auf dem Endlagerhearing Niedersachsens von 2003 bei allen Wissenschaftlern unstrittig waren: Die Struktur des Deckgebirges kann keine Barrierenfunktion erfüllen. Lediglich der Gorlebener Salzstock selbst, so die Erkundungsergebnisse, weise „große ungestörte Salzpartien aus, welche die geforderte Barrierenfunktion übernehmen

könnten“, so die BMU-Antwort. Bestätigt wurde auch die langgehegte Vermutung, dass in einer vergleichenden Untersuchung und Bewertung von Salzformationen hinsichtlich der Eignung für ein Endlager, die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Jahre 1995 vorgenommen hat, und bei der Gorleben bezüglich einer Eignung weit hinten gestanden hätte, dieser kritische Standort bewusst ausgeklammert worden war: „Die Berücksichtigung des Standortes Gorleben war auftragsgemäß ausgeschlossen“. Und in wie weit die vom „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) geforderte Sicherheit für eine Million Jahre bei Gorleben in Zweifel gezogen werden muss, ergibt sich gleichfalls aus der Antwort: „Ein zusammenhängender Hauptanhydritstrang vom Salzspiegel bis zum Endlagerniveau würde dieser Forderung widersprechen“. Genau solch eine Schicht durchzieht das Salz in Gorleben. Damit, so ergibt sich aus der BMU-Antwort indirekt, kann dort niemals ein „sicheres“ Endlager gebaut werden.

Auch die Frage, ob Salz überhaupt eine geeignetes Wirtsgestein für den Atommüll sein könnte, ist nie expe-

rimentell geprüft worden. Kein einziges radioaktives Brennelement, keine hochstrahlende Glaskille wurde beispielsweise im „Versuchsendlager Asse“ bei Wolfenbüttel jemals mit Salz in Kontakt gebracht. „Das vom Betreiber der Asse beantragte aktive Einlagerungsexperiment wurde letztlich auf Grund von Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht durchgeführt“, erklärt das BMU gegenüber dem Ausschuss in Lüchow-Dannenberg.

Die sinnlose Geldverschwendung namens „Erkundung“ des Salzstocks Gorleben, die bisher bereits 1,5 Milliarden Euro verschlungen hat, muss sofort und endgültig abgebrochen werden. Seit Jahrzehnten ist wissenschaftlich belegt, dass Gorleben nicht geeignet ist, das hochstrahlende Erbe vor Mensch und Umwelt abzuschotten. 50.000 Generationen würden umgerechnet laut AkEnd der Strahlung ausgesetzt sein. Die Konsequenz kann nicht sein, wie von CDU und FDP gefordert, weiter zu ‚erkunden‘, sondern die Schächte und Stollen zuzuschütten – eine

Konsequenz, die Rot-Grün schon längst hätte ziehen müssen. Wir werden es nicht hinnehmen, dass der brisante Strahlmüll nach dem Motto ‚aus den Augen – aus dem Sinn‘ einfach im Salz verscharrt werden soll.

Wenn dann die CDU-Kanzlerkandidatin ausgerechnet den Siemens - Atomfanatiker Heinrich von Pierer, der marode Atomkraftwerke bis zu 60 Jahren weiterlaufen lassen will, in ihr ‚Kompetenzteam‘ aufnimmt, sollte die Bevölkerung, die mehrheitlich die Atomenergienutzung ablehnt, ganz schnell wach werden und genau überlegen, wo ein ‚X‘ hin gehört. Nicht nur auf Wahlzettel, sondern auch auf die Straße. Weltweit gibt es kein „sicheres“ Endlager, eine wirkliche „Entsorgung“ von Atommüll ist nicht möglich. Die Seifenblase Gorleben ist endgültig zerplatzt. Die Konsequenz kann daher nur heißen: Stop der weiteren Atommüllproduktion, Atomanlagen stilllegen.

Dieter Metk

Ausstieg ohne Strahlkraft

Halbherzigkeiten und Konzernwiderstand sorgen für bescheidene Regierungsbilanz

»Umfassend und unumkehrbar« sollte der Atomausstieg werden, hatten SPD und Grüne 1998 versprochen. Sieben Jahre später kann von einem umfassenden Ausstieg keine Rede sein.

Mit Stade (2003) und Obrigheim (2005) wurden bisher zwei vergleichsweise kleine Atomkraftwerke vom Netz genommen. 17 Meiler produzieren für viele Jahre weiterhin Strom und Pannen. Und unumkehrbar ist der vorgebliche Ausstieg erst recht nicht. CDU und FDP haben angekündigt, die Laufzeiten der Reaktoren zu verlängern.

Nach längerem Gefeielsche hatten die Bundesregierung sowie die vier großen Stromkonzerne e.on, RWE, Energie Baden-Württemberg und Vattenfall im Sommer 2000 den so genannten Atomkonsens fest gezurrt. Das später auch im Atomgesetz verankerte Abkommen verbot zwar den Bau neuer kommerzieller Atomkraftwerke, schrieb den Weiterbetrieb der laufenden AKW allerdings für lange Zeit fort. Für jede Anlage vereinbarte man ein Reststromkontingent, das einer durchschnittlichen Gesamt-Laufzeit von 32 Jahren entsprach. Frühestens im Jahr 2021 soll nach dem Deal der letzte Meiler abgeschaltet werden. Viel wahrscheinlicher war von Beginn an aber ein deutlich späterer Zeitpunkt, weil die Betreiber die Stromkontingente von alten, früher stillgelegten Kraftwerken auf neuere und leistungsfähigere Reaktoren übertragen dürfen. Die Befristung der Laufzeiten erkaufte sich die Regierung mit dem Verzicht auf Sicherheitsauflagen.

Überhaupt nicht voran gekommen ist Rot-Grün in der brisanten Frage der Endlagerung nuklearer Abfälle. Erst vor wenigen Wochen – und damit viel zu spät für eine parlamentarische Beratung noch vor den Neuwahlen – legte das Umweltministerium einen Gesetzentwurf für ein Atommüllendlager vor. Es soll die Zuständigkeiten und die Verfahrensschritte für die Auswahl eines Standorts regeln. Der Entwurf orientiert sich an Empfehlungen des Arbeitskreises Endlagerstandorte (AK End). Das von Minister Jürgen Trittin (Grüne) berufene Expertengremium hatte 2002 empfohlen, die Suche nach einem Endlager neu aufzurollen.

Dass der Entwurf Makulatur ist, hat Trittin selbst zu beantworten. Denn aus Angst vor Konflikten legte er den Gesetzentwurf immer wieder auf Eis. Damit spricht nun wieder alles für ein Atommüllendlager Gorleben, obwohl der Salzstock als brüchig gilt und Kontakt zum Grundwasser hat. Die AKW-Betreiber haben erklärt, dass sie sich an der Suche nach weiteren Standorten nicht beteiligen wollen. Sie verweisen darauf, dass sie schon 1,3 Milliarden Euro in die Erkundung Gorlebens gesteckt

haben. Nicht viel, wenn man bedenkt, dass die Konzerne für die Entsorgung steuerfreie Rücklagen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro anhäufen konnten. Für schwach und mittelradioaktive Abfälle ist das Endlager Konrad bei Salzgitter genehmigt.

Immerhin hat die Bundesregierung die skandalträchtige Wiederaufarbeitung deutschen Atommülls beendet. Die Fabriken in Frankreich und England werden seit dem 1. Juli 2005 nicht mehr mit abgebrannten Brennstäben aus deutschen AKW beliefert. Stattdessen sind an allen AKW-Standorten so genannte »dezentrale« Zwischenlager im Bau oder schon in Betrieb. Doch die Verschieberei von strahlenden Abfällen ist damit nicht gestoppt. Noch viele Jahre werden die so genannten »Rücktransporte« aus den Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield nach Gorleben rollen. Im innerdeutschen Atommüll-Verkehr sorgten kürzlich die völlig überflüssigen Castortransporte vom sächsischen Atomforschungszentrum Rossendorf ins westfälische Zwischenlager Ahaus für Aufsehen und Proteste.

Die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf genehmigte zu Jahresbeginn den Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau. Dort wird in hintereinander geschalteten Gaszentrifugen Uran für die Nutzung in Atomkraftwerken angereichert. Derzeit hat die Fabrik eine Kapazität von 1800 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr – das reicht für etwa 15 große Atomkraftwerke. Mit der erweiterten Kapazität können 35 AKW und damit Kunden im Ausland versorgt werden.

Nicht zu vergessen: Die Genehmigung des Forschungsreaktors FRM in München und der Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben fielen ebenfalls in die rot-grüne Regierungszeit. Und auch im internationalen Atomgeschäft mischte Deutschland kräftig mit. Der von Kanzler Gerhard Schröder verfolgte Export der Hanauer Plutoniumschmelze nach China und Regierungsbürgerschaften für den Bau von Reaktoren in Finnland markieren nur die Spitze des Eisbergs.

Das mit Steuergeldern finanzierte Forschungszentrum Jülich in Nordrhein-Westfalen arbeitet mit dem südafrikanischen Energieunternehmen ESKOM an der Weiterentwicklung von Hochtemperaturreaktoren (HTR), die ab 2007 in Südafrika in Serie gebaut und weiterexportiert werden sollen. Das Forschungszentrum gehört zu 90 Prozent dem Bund, es wurde allein 2002 mit 262 Millionen Euro bezuschusst.

Reimar Paul

Seerau/ Hitzacker sich für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 56 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerrecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Rot-Grün will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den ka-tastrophen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Vom Mythos Atomkraft sei gut für das Klima

Die Stimmen werden lauter: „Wer sich für den Schutz des Klimas einsetzt, muss sich auch für den Betrieb von Atomkraftwerken einsetzen!“ Energiepolitik und Klimaschutz werden zu zentralen Themen des Wahlkampfes.

Doch nicht nur PolitikerInnen, auch die Energiekonzerne melden sich in den letzten Wochen erneut zu Wort und beschwören die Atomenergie als Heilsbringer für den Klimaschutz. Doch geht es ihnen dabei wirklich um den Schutz des Klimas? Oder doch eher darum, ihre Industrie am Leben zu halten?

Im Jahr 2003 wurden in Deutschland 865 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Den größten Anteil hatte die Energieerzeugung mit 385 Millionen Tonnen, gefolgt von den Sektoren Verkehr und Industrie. Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrien führte Anfang der 90er Jahre zu einem deutlichen Rückgang der CO₂-Verschmutzungen – auch im Energiebereich. Bis zum Jahr 2003 konnten die Treibhausgasemissionen daher um 18,5 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Doch seit 2000 ist erneut ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, den Ausstoß der Klimagase bis zum Jahr 2012

gerechte und sichere Energieversorgung weltweit möglich machen?

Mythos 1:

Atomenergie gibt eine ausreichende Versorgungssicherheit und die Stromkonzerne sind weniger auf Öl, Kohle- oder Gasimporte aus Krisenregionen angewiesen.

Richtig ist:

Auch Uran als Brennstoff für Atomkraftwerke ist nicht unbegrenzt verfügbar und muss z.B. aus Kanada, Südafrika, Niger oder Australien importiert werden. Vom heutigen Uran-Verbrauch ausgehend (zirka 65.000 Tonnen jährlich), reichen die Reserven für – ungefähr – die nächsten 40 Jahre. Die Uranvorräte wären also noch vor dem Jahr 2050 erschöpft. Würde die Atomkraft aus Klimaschutzgründen tatsächlich massiv ausgebaut, wären die Reserven entsprechend früher am Ende.

Sollen Atomreaktoren dennoch dauerhaft betrieben werden, müsste die Umwelt verseuchende Wiederaufarbeitung und die riskante Brutertechnologie in großem Stil ausgebaut werden. Brutreaktoren gelten – auch bei den meisten Atomlobbyisten – jedoch aus sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Gründen als gescheitert. Und auch die Wiederaufarbeitung ist keine Erfolgsgeschichte: Der britische Staat hat

ist die Kohlendioxid-Bilanz einer Kilowattstunde Atomstrom höher als die aus einem Windpark oder aus einem Holzkraftwerk.

Es kann nicht geleugnet werden: Wird ein Atomkraftwerk durch ein Gaskraftwerk ersetzt, entstehen zusätzliche CO₂-Emissionen. Ein wichtiger Aspekt moderner Gaskraftwerke ist aber, dass ihre Leistung flexibel dem Bedarf angepasst werden kann. Fällt etwa wegen ungünstiger Klimaverhältnisse Strom aus Windkraft aus, können Gaskraftwerke schnell mehr Strom einspeisen bzw. zurückgefahren werden, wenn „der Wind wieder weht“. Atomkraftwerke hingegen sind im Normalbetrieb unflexibel und produzieren ständig eine gleichmäßige Menge Strom, was zu so absurden Nutzungen führt, wie die Beleuchtung der belgischen Autobahnen oder beheizten Bürgersteigen in Schweden. Auch Nachtspeicherheizungen, Energieschleudern par excellence, wurden mit Inbetriebnahme der Atomkraftwerke propagiert, um auch nachts Abnehmer für den anfallenden Atomstrom zu finden.

Um die notwendigen dramatischen Einsparungen an CO₂ zu erreichen, braucht es eine tatsächliche Energiewende. Dazu gehört Energiesparen als elementarer Bestandteil. Die Nutzung von Atomkraft steht dem jedoch entgegen, da

Tabelle: Sektorale Entwicklung der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland (Angaben in Mio. t CO₂)

CO ₂ -Emissionen in D	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Energieerzeugung	441,6	402,9	402,9	390,5	387,5	379,2	382,4	364,2	366,8	351,6	364,0	368,9	378,1	385,1
Industrie	195,5	169,8	160,0	150,7	153,5	152,9	148,3	149,0	143,1	141,3	141,8	137,3	134,0	130,9
Verkehr	158,1	161,5	167,8	172,5	168,9	172,5	172,6	173,1	176,4	181,9	178,3	174,6	172,5	166,5
Haushalte	129,3	131,5	123,5	134,0	128,4	129,2	142,5	138,4	132,0	119,9	116,8	131,2	120,1	122,4
Gewerbe	90,6	86,3	75,4	72,4	67,4	68,5	79,2	68,8	66,8	62,6	59,2	61,8	59,1	60,3
Gesamtemissionen*	1015,0	976,9	929,5	920,0	905,6	902,2	924,9	893,5	885,2	857,4	860,0	873,8	863,8	865,3

* Differenzen in der Summe liegen in den jeweiligen Rundungen begründet. Quelle: Das Nationale Klimaschutzprogramm der Bundesregierung, Juli 2005

um 21 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dieses Ziel scheint nur mit größten Anstrengungen erreichbar. Und was kommt nach 2012? Das erst vor wenigen Wochen von der rot-grünen Regierung vorgelegte „Nationale Klimaschutzprogramm“ sieht eine Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 vor. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung, ausreichend wäre diese Reduzierung allerdings nicht.

KlimaforscherInnen gehen davon aus, dass die Treibhausgasemissionen – allen voran CO₂ – bis zum Jahr 2050 weltweit um etwa die Hälfte sinken müssen, um die globale Erwärmung auf einen Wert unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Zeiten zu begrenzen. Für Deutschland, als einen der größten Verschmutzter, bedeutet dies eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um rund 80 % – bezogen auf das Jahr 1990.

Sollen die Klimaschutzziele erreicht werden, müssen in allen Sektoren, auch im Energiebereich, die CO₂-Emissionen in den nächsten Jahren drastisch sinken. Für den Energiebereich ist dies nur möglich, wenn sich die Art und Weise der Strom- und Wärmeerzeugung von Grund auf ändert.

Was ist dran an den Behauptungen der Energiekonzerne, der Ausstieg aus der Atomenergie würde zu einem weiteren Anstieg der CO₂-Emissionen führen und den Klimawandel noch beschleunigen? Der Ausbau der Atomenergie würde hingegen eine nachhaltige,

im März dieses Jahres 184 Mio. Pfund für die Wiederaufarbeitung in Sellafield gezahlt. Der privatisierte Betreiber der Atomkraftwerke (British Energy) kann diese Summe selbst nicht aufbringen, ohne die eigene Wirtschaftlichkeit zu gefährden. Gleichzeitig wurde die Anlage in Sellafield im April wegen eines Lecks geschlossen, die Wiederaufnahme des Betriebs ist ungewiss.

Doch nicht nur die begrenzten Uranvorräte sprechen mittel- und langfristig gegen eine Versorgungssicherheit durch Atomenergie. Atommeiler sind selbst anfällig für die Klimaveränderung: Dies zeigte der heiße Sommer 2003. Da Atomkraftwerke enorme Mengen Kühlwasser benötigen, mussten zahlreiche Reaktoren heruntergefahren oder vom Netz genommen werden: Wegen Niedrigwasser, das zudem aufgeheizt war, konnten die Kraftwerke nicht mehr ausreichend gekühlt werden. Im Süden Frankreichs konnte das Wasserdefizit der Flüsse bisher nicht ausgeglichen werden und schon steigen dort die Temperaturen wieder in schwindelnde Höhen. Da zudem der Niederschlag ausbleibt, wird im Juli 2005 schon wieder damit gerechnet, dass einige Kernkraftwerke ihre Stromerzeugung drosseln müssen.

Mythos 2

Atomenergie ist CO₂ frei und trägt so wesentlich zum Schutz des Klimas bei

Richtig ist:

Auch Atomstrom entsteht nicht CO₂-frei. So

ständig hohe Energiemengen produziert werden, die abgenommen werden müssen. Dass es einen klimafreundlichen Umstieg der Energieversorgung geben kann, der auf Energieeffizienz, moderne Gaskraftwerke und erneuerbare Energien setzt, hat u. a. der Bericht der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ gezeigt.

Die erneuerbaren Energien aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme tragen derzeit zu einer Reduzierung von über 70 Millionen t CO₂ jährlich bei. Sie erreichten 2004 einen Anteil von 3,6 % am Primärenergieverbrauch und 9,3 % am Stromverbrauch. Steigt der Anteil der erneuerbaren Energien beim Primärenergieanteil auf 10 %, könnten jährlich rund 200 Millionen t CO₂ eingespart werden.

Mythos 3:

Atomkraftwerke werden benötigt, um die Klimaschutzziele zu erreichen

Richtig ist:

Dem Argument folgend, Atomkraftwerke könnten helfen, die Kohlendioxid-Reduktionsziele zu erreichen, zeigt das folgende Szenario, was dies konkret bedeuten würde: Sollte der CO₂-Ausstoß im Strombereich innerhalb der nächsten 15 Jahre ausschließlich durch Atomenergie um 40 % gesenkt werden, müssten in Deutschland im gleichen Zeitraum mehr als zehn neue Atomreaktoren gebaut werden.

Noch dramatischer wird das Bild von der Enquete-Kommission gezeichnet. Angenommen, die CO₂-Emissionen sollen bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden und dies soll durch den Ausbau der Atomenergie geschehen, müssten allein in Deutschland zwischen 60 und 80 Atomkraftwerke gebaut und dauerhaft betrieben werden.

Dabei rechnen Experten schon in Frankreich, einem Land, in dem die Atomkraft wesentlich unkritischer gesehen wird als in Deutschland, mit einer Zeitspanne von neun Jahren zwischen Bauteilentscheidung und Inbetriebnahme eines AKW. Ähnliche Bauzeiten werden in Großbritannien angenommen, mit dem Hinweis, dass öffentliche Anhörungen und die zu beschaffende Genehmigung das Verfahren noch zusätzlich in die Länge ziehen könnten. Schon rein zeitlich kann also der Neubau von Atomkraftwerken nicht bei der Erreichung der Klimaschutzziele (vorerst festgeschrieben bis 2012) helfen, was selbst die Internationale Atomenergie Behörde (IAEA) im Juni 2004 zugab.

Beim Versuch, das Klimaproblem durch Atomkraftnutzung zu lösen, wird zudem auf eine rein „technische Lösung“ gesetzt, die vorgaukelt, alles könne so bleiben, wie es ist. Tatsächlich muss die Energiewende jedoch deutlich weiter gehen und auch die anderen großen Emittenten wie den Verkehr, die Industrie und die privaten Haushalte einbeziehen. Wird die gesamte Klimadiskussion auf den Nutzen der Atomkraft beschränkt, werden viele CO₂-Quellen nicht berücksichtigt und das Problem wird nicht grundlegend gelöst werden.

Mythos 4:

Nicht nur national, auch global ist Atomenergie die Antwort auf den Klimawandel

Richtig ist:

Die Diskussion um Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke oder gar eine Renaissance der Atomkraft wird nicht nur national geführt. Mit Hinweis auf den drohenden Klimawandel wird auch international darauf gedrungen, die Atomkraft auszubauen. So lancierte etwa im März 2005 der Generalsekretär der OECD,

schaftlich zu betreibende Energiegewinnung, die CO₂-frei sei. Das gravierendste Problem der Atomkraft sei die Angst, die ihre Gegner gegen sie geschürt hätten. Als Beispiel für einsichtige Länder, die dieses Problem genauso begriffen hätten, werden China mit Plänen für 25 neue Reaktoren, Indien mit 9 Bauvorhaben und neuerdings die Ukraine angeführt. Letztere hat im Mai den Bau von 11 neuen Atomkraftwerken angekündigt.

Was diese Länder möglicherweise erwartet, zeigt der Blick auf Brasilien und Argentinien. An dem Atomkraftwerk Atucha 2 in Argentinien wird seit 1981 gebaut, zur Verschuldung des Landes hat das AKW bereits enorm beigetragen, zur Stromversorgung allerdings noch nichts, da es nach wie vor nicht fertig gestellt ist. Fertig geworden ist das Kraftwerk Angra 2 in Brasilien. Es ging im Jahr 2000 ans Netz, nach fast 25 Jahren Bauzeit und mit geschätzten Kosten von 7-10 Mrd. US\$, womit es annähernd 5 Prozent der brasilianischen Auslandverschuldung ausmacht.

Dies sind nur zwei Beispiele. Soll der CO₂-Ausstoß global merklich verringert werden, müssten weltweit mehrere tausend Reaktoren neu gebaut werden. Die bereits für Deutschland geschilderten Probleme eines solchen Ausbaus würden sich vervielfachen, unglaubliche Mengen an Atommüll anfallen, dessen Entsorgung nicht einmal in den Ländern gelöst ist, die seit Jahrzehnten fieberhaft nach einer Lösung suchen.

Regeln für Öffentlichkeitsbeteiligung beim Bau der Atommeiler gibt es in vielen Ländern nicht, oder sie sind hinfällig, wenn Atomkraftwerke wie in Indien als nationale Sicherheitsfragen behandelt werden: Studien, Atomkraftwerke betreffend, sind in Indien der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Vor diesem Hintergrund ist es fast zynisch, wenn der OECD Generalsekretär von Atomkraft als wirtschaftlicher Form der Energiegewinnung spricht. Schließlich ist sie in den Ländern, die Atomkraft seit Jahrzehnten betreiben, nur durch massive staatliche Unterstützung hochgepöppelt worden. Wie schwer es Atomkraftwerke in einem liberalisierten Strommarkt haben, zeigt das bereits erwähnte Beispiel aus Großbritannien. Das AKW betreibende Energieunternehmen British Energy wurde vor zwei Jahren vom Staat vorm Bankrott gerettet. Die Kosten der Wiederaufarbeitung jedoch kann das privatisierte Unternehmen nach wie vor nicht tragen, wenn es einen neuerlichen Bankrott vermeiden will. Deshalb wird die Wiederaufbereitung aus Steuergeldern gezahlt (The Guardian, 18. Juli 2005) – keine wirklich wirtschaftliche Energiegewinnung.

Mythos 5:
Atomenergie ist sicher

Richtig ist:
Das Risiko eines katastrophalen Unfalls in einem Atomkraftwerk hat sich nicht verringert. Ganz im Gegenteil: Je älter die bestehenden Anlagen werden, umso störanfälliger werden sie auch. Darüber sollten sich alle Atomlobbyisten

im Klaren sein, die jetzt eine Laufzeitverlängerung der Reaktoren fordern.

Das Klima mit Atomenergie zu schützen käme damit dem Motto gleich: „Den Teufel mit dem Belzebug austreiben.“

Nach der „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke“ kommt es in einem deutschen AKW mit einer Wahrscheinlichkeit von 0,1 % zu einem Kernschmelzunfall, bei dem große Mengen Radioaktivität freigesetzt werden. Mit der Zahl der betriebenen Anlagen steigt die Wahrscheinlichkeit. Demnach wäre bei 17 AKW und durchschnittlich 30 Betriebsjahren allein aufgrund technischen Versagens mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 2 % mit einem katastrophalen Unfall zu rechnen.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zeigt die Auswirkungen eines atomaren Unfalls in seiner gesamten grausamen Deutlichkeit.

In der ehemaligen Sowjetunion sind rund 150.000km² radioaktiv verseucht, eine Fläche, mehr als doppelt so groß wie das Bundesland Bayern. Über sieben Millionen Menschen leben noch heute in radio-aktiv belasteten Gebieten.

Wie viele Opfer die Katastrophe gefordert hat und noch immer fordert, werden wir erst in den nächsten Jahrzehnten wissen. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation wurden in den ersten Tagen nach der Katastrophe rund 2 Millionen Kinder mit radio-aktivem Jod verseucht. Ein Drittel der Kinder, die zum Zeitpunkt der Katastrophe bis zu 4 Jahre alt waren, werden im Laufe ihres Lebens vermutlich an Schilddrüsenkrebs erkranken.

Fazit:

Der Klimawandel gilt zu Recht als die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Die Weiternutzung oder gar der Ausbau der Atomkraft kann den Klimawandel jedoch nicht stoppen. Die dafür notwendigen CO₂-Reduktionen sind so enorm, dass sie nur durch eine weit reichende Energiewende erzielt werden können. Die Zauberwörter hierfür sind Energiesparen und Energieeffizienz.

Die Atomkraft aber stellt uns vor schier unlösbare Probleme: weder gibt es irgendwo ein Endlager, noch kann radioaktive Verseuchung durch einen Atomunfall ausgeschlossen werden. Die Verlängerung der Laufzeiten existierender Atommeiler erhöht sogar noch das Risiko von Unfällen durch Materialermüdung.

Die Antworten auf den Klimawandel liegen statt in der Atomkraft im Ausbau der erneuerbaren Energien, in effizienteren Kraftwerken, dezentraler Stromerzeugung mit geringeren Transportverlusten, gut isolierten Gebäuden und weniger Verkehr. Denn wirklich gut aus Klimaschutzsicht ist nur die Energie, die nicht gebraucht wird und deshalb nicht produziert werden muss.

Weitere Informationen:

BMU, 2004 „Themenpapier Atomkraft: Wiedergeburt eines Auslaufmodells?“

NIRS/WISE, 2005 „Nuclear Power: No solution to climate change“

Öko-Institut, 2005 „Risiko Kernenergie – Es gibt Alternativen“

Bettina Dannheim, Robin Wood
Energiefereferentin

Regine Richter, Campaignerin bei urgewald
beschäftigt sich vor allem mit der internationalen

Finanzierung von Atomkraft

Artikel in Auszügen im RoWo Magazin
erschienen

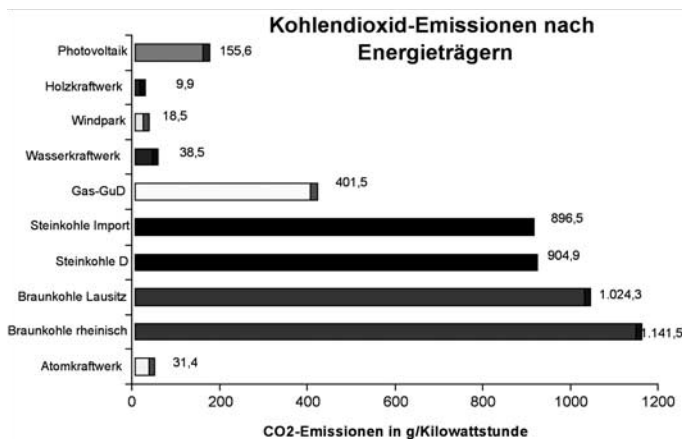


Abbildung: Kohlendioxidemissionen nach Energieträgern, GEMIS 4.2, Stand 10.04.

Die Werte berücksichtigen alle so genannten Vorleistungen: den gesamten Produktionsprozess von der Bereitstellung des Energieträgers (z.B. Abbau und Anreicherung des Uran), dem Kraftwerksbau bis zur Stromerzeugung. Nicht berücksichtigt werden die Emissionen, die durch den Abbau der Kraftwerke, eine evtl. Renaturierung der zerstörten Landschaften oder die Lagerung des Atommülls entstehen.

Donald Johnston, einen Artikel, in dem er eine bedeutendere Rolle für die Atomenergie im Energiemix fordert, um das Klima zu schützen. Aus seiner Sicht ist Atomkraft die einzige wirt-

Hausdurchsuchung bei aaa-Redaktion

Staatsschutzpolizei beschlagnahmte handschriftliche Aufzeichnungen und Computer

Im Verfahren gegen die aaa-Redaktion wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen ist am 22.8. der richterliche Beschluß zugestellt worden, mit dem die Beschlagnahme von 264 Gegenständen als beweisheblich eingestuft wird.

Die Betroffenen haben dagegen Beschwerde erhoben und werfen dem Richter vor, er sei zu einer sachgerechten Entscheidung nicht in der Lage.

Am 11. August hatten knapp 50 BeamtInnen zwei Wohnungen und die Redaktion der Zeitschrift anti atom aktuell durchsucht, um Beweise sicherzustellen. Ermittelt wird laut Durchsuchungsbefehl wegen einer internet-Seite namens www.prekaer-camp.org. Dort war im Programm einer Veranstaltungswochenliste ein „Praxis-Workshop YOMANGO auf deutsch“ angekündigt. Die Staatsschutzpolizei beschlagnahmte handschriftliche Aufzeichnungen, Ausdrucke und Druckerzeugnisse; das Hauptinteresse richtete sich auf Datenträger und drei Computer. Über insgesamt 264 Einzelstücke heißt es im aktuellen Beschluß: „die Gegenstände kommen als Beweismittel in Betracht.“

„Beweis wofür?“ fragt Elisabeth K., ehrenamtliche Redakteurin bei der Bewegungszeitschrift. „Es braucht keine Razzia, um zu erkennen, wer die presserechtliche Verantwortung einer Veröffentlichung trägt, da genügen fünf Mausclicks. Wenn hier kistenweise notwendig gebrauchtes Arbeitsmaterial davongetragen wird, handelt es sich in unseren Augen um einen politisch begründeten Angriff auf unliebsame Medienarbeit.“

Amtsrichter Thomas Stärk hat nach Angaben der Beschuldigten in zwei Gesprächen dargelegt, dass er keine Erfahrung im Umgang mit dem internet hat. Er habe es abgelehnt, sich die Textstellen selbst anzuschauen und diese Weigerung damit begründet, mögliche Querverweise als solche nicht erkennen zu können. Nach eigenem Bekunden seien Richter Stärk Ausdrucke unterschiedlicher internet-Seiten vorgelegt worden. „Mit Hilfe der Suchmaschine Google sind allein für den deutschsprachigen Raum 604 Treffer zu finden, wo völlig unterschiedliche Inhaber über eine Kampagne Yomango informieren. Ich glaube, er weiß gar nicht, was Links sind, und kann nicht unterscheiden, wo rechtlich relevante Verknüpfungen bestehen und

wo nicht.“ wirft ihm die Psychologin vor. „Damit nimmt er uns in Verantwortung für praktisch alles, was irgendwer einmal ins weltweite Netz gesetzt hat zu einem Thema, das auf unserer Seite auch erwähnt wird.“

Ein Richter, der Vorlagen ohne eigene Prüfung unterzeichnet, mache sich zum Erfüllungsgehilfen der Staatsanwaltschaft. Seiner Aufgabe als unabhängige Entscheidungsinstanz werde er damit nicht gerecht. Unterstützung erfährt die aaa-Redaktion unter anderem vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein RAV. „Das Vorgehen im vorliegenden Fall zeigt, dass auch bei dieser Durchsuchung der zuständige Richter seine Wächterfunktion nicht wahrgenommen hat. Da ihm nach eigenem Bekunden der Umgang mit dem Internet nicht vertraut ist, konnte er den zugrunde liegenden Strafvorwurf gar nicht überprüfen.“

Der RAV verurteilt diese Verletzung der Wächterfunktion, für die das Amtsgericht Dannenberg bei Castor-Transporten im Hinblick auf präventive Freiheitsentziehungen bereits bekannt ist.“ heißt es in der heutigen Erklärung.

Wir bauen auf eure Unterstützung

Soziale Bewegung lässt sich nicht mundtot machen. Oder doch? Die Antwort darauf hängt davon ab, ob es „uns“ gelingt, diesen staatlichen Angriff auf ungebändigte Äußerung und Recherche abzuwehren. Zusammen mit Freundinnen und Freunden hat sich die Redaktion das Ziel gesetzt, am 5. September 2005 die nächste Ausgabe in den Versand zu bringen.

Damit nicht nur das möglich wird, sondern auch der Fortbestand der „Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen“ gesichert wird, sind viele kleine (und gerne auch große) Maßnahmen wichtig und hilfreich.

Juristisches

Die Anwälte haben beim Landgericht Beschwerde gegen den Beschluß von Amtsrichter Stärk eingelegt und Akteneinsicht gefordert. Die Entscheidung darüber, wie mit den beschlagnahmten Gegenständen zu verfahren ist, liegt nun beim

Landgericht Lüneburg
am Markt 7, 21 335 Lüneburg

Auf Nachfrage hat Oberstaatsanwalt Warnecke sich von der Einschätzung überrascht gezeigt, bei der Polizeiaktion könne es sich um eine Einschränkung der Pressefreiheit handeln

Staatsanwaltschaft
Burmeisterstraße 6, 21335 Lüneburg
Fax: 04131 - 202 474

Eine ungeheure Menge von Fragen und Aspekten eröffnet sich durch diesen Fall, die im langen Telefonat, auf umfangreichen Schreiben oder auch beim persönlichen Gespräch mit den VertreterInnen der Justiz zu erörtern wären. Manchmal reicht aber auch schon die kurze, aber treffende Kommentierung.

Öffentlichkeit

Artikel, Briefe an Redaktionen, Radio-sendungen, mails an FreundInnen/GenossInnen, Diskussionen beim Einkaufen, beim Sport, an der Arbeit all dies kann dazu beitragen, dass außerparlamentarische Politik nicht einfach in den Enebnungen des Alltags verschwindet. Nehmt diese Kriminalisierungsaktion und setzt sie auf die öffentliche Tagesordnung!

Ausstattung

Mit der freundlichen Hilfe von Fachleuten haben wir uns eine Übergangslösung gestrickt, auf der wir die nächste Ausgabe produzieren. Irgendwann müssen geliehene Komponenten aber wieder zurück, und möglichst schnell soll die Redaktions- und Layoutarbeit ohne Abstürze, brennende Augen und Geduldspuren vonstatten gehen. Wer zur Ausstattung von DTP-Arbeitsplätzen beitragen kann, ruft am besten in der Redaktion an (05862 - 985 990) oder schickt eine mail: redaktion@anti-atom-aktuell.de

Geld

Widerstand ist nie umsonst. Gerade jetzt merken wir, dass er nicht nur wichtig, sondern auch teuer ist. Spendet reichlich!

Förderverein anti atom aktuell
Konto 0004150066, Bankleitzahl 258 51 335
Stichwort: Durchsuchung

Vereinigt Euch!

Die Mitgliedschaft in unserem Förder-Verein ist eine gute Art, die aufklärende und meinungsbildende Arbeit gegen Atomprojekte ideell und finanziell auch dann zu unterstützen, wenn man oder frau für das persönliche Engagement gerade wenig Möglichkeiten sieht. (Was natürlich niemand davon abhalten soll, doch auf die Straße zu gehen, wenn es Not tut.) Mitgliedsbeiträge und Spenden sind von der Steuer abzugsfähig.

verein@anti-atom-aktuell.de
aaa-Redaktion

Betroffen sind Wenige - gemeint sind wir Alle.

Wie alt ist diese Feststellung? Und wie aktuell?

Die Hausdurchsuchung bei der aaa-Redaktion ist kein „Ausrutscher“ der Staatsanwaltschaft.

Der nächste CASTOR-Transport steht vor der Tür: Wozu dient also diese Aktion der Polizei? Hier im Landkreis Lüchow-Dannenberg gehört der Staatsschutz zu den Dauergästen als Demo-Beobachter jedes noch so kleinen Protests. Und daß dieser nur zu gerne an das Datenmaterial gelangen möchte, was sich im Umfeld der Anti-Atom-Aktivisten angesammelt hat, ist doch nachvollziehbar! Unmengen von Texten, Fotos der letzten Castor-Transporte, Adressmaterial...

YOMANGO des Staatsapparates. Daß die lächerliche Begründung für einen Durchsuchungsbefehl von einem „unabhängigen“ Richter so locker ohne eigene Recherche unterschrieben wird, zeigt, wie „unabhängig“ unsere Justiz arbeitet.

Wie viele richterliche Abhörbeauftragte dieser Qualität sind bereits durchgezogen worden? Wer wacht über die Justiz? Nachgerade peinlich ist die Aussage des Dannenberger Amtsrichtes Stärk gegenüber der „taz“, er habe ja nicht gewußt, daß es sich um Redaktionsräume handele. Und daß der zuständige Staatsanwalt Warnecke, der sich bestens mit den Gegebenheiten im „Gorlebener“ Umfeld

auskennt, und über dessen Tisch mittlerweile wohl Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen Atomkraftgegner gelaufen sind, nicht gewußt haben will, daß es sich um die Redaktionsräume der AAA handelt, und ansonsten „wahrscheinlich zurückhalten“ vorgegangen wäre. Die Lachmuskeln erstarren beim Hohnlachen.

Absurd sind die Vorwürfe allemal. Mehr als 400 Treffer findet allein die Suchmaschine „Google“ zum Stichwort „Yomango“ auf deutschen Webservern. Von entsprechenden Durchsuchungsbefehlen etwa gegen die Redaktion von „Deutschlandradio Berlin“, die am 1. 6. 2005 in einem Rundf-

unkbeitrag Aktivisten von YOMANGO zitiert: „Wenn, dann ist Yomango Alltagskunst. Und Gebrauchskunst. Eine Kunstform, die gratis von Generation zu Generation weitergegeben wird. Wie eine Art Volksweisheit, die zwar uralt ist, aber immer wieder an die kapitalistische Gegenwart angepasst wird: Wo kann man im System noch Lücken finden?“

www.dradio.de/dkultur/sendungen/kompass/381967/ Auch gegen das „SchauspielFrankfurt“ sind nach bisheriger Kenntnis keine Ermittlungen aufgenommen worden, als im Februar 2005 unter dem Motto „Schöner wär's, wenn's schöner wär – der Kongreß / Kunst, Theorie und Praxis des Widerstands“ eingeladen wurde. Auf der Website wurde die Aktionsform dargestellt: „Gäste aus aller Welt verraten Ihnen die besten Strategien, bringen Ihnen die besten Tricks bei. Sie können basteln, mittanzen oder einfach nur zuhören. Auf jeden Fall wird es dabei schöner werden. Und Spaß machen. Denn Widerstand ist nicht nur nötig, sondern auch möglich und manchmal sogar lustig.“ Man werde „verschiedene widerständige Workshops anbieten. Reverend Billy wird in die Praktiken der Church of Stop Shopping einführen, YoMango aus Barcelona in die Techniken der Befreiung von Glück aus Produkten und erfahrene Aktivisten aus Deutschland in die Methoden des gewaltfreien Widerstands.“ Und: „YOMANGO [Mango ist eine beliebte spanische Ladenkette für Bekleidung. YO MANGO bedeutet in der spanischen Umgangssprache: Ich stehle.] ist ein Markenname. Wie bei allen wichtigen Marken ist auch das Hauptziel von Yomango nicht der Verkauf von Dingen, sondern die Massenwerbung für einen Lebensstil. In diesem Falle ein Lebensstil der sich die Befreiung des Glücks aus den Produkten zum Ziel gesetzt hat. Ein Markenname, der allen gehört, geboren aus dem Gemeineigentum und für das Gemeineigentum. Denk dran: YOMANGO, nur in deinem nächsten Konzern.“ www.schauspielFrankfurt.de/spielplan/. Die

„Großen“ sind für die Staatsgewalt nicht relevant. Geschlagen, zerschlagen werden sollen die Menschen wie Du und ich. Ist es daher Zufall, daß einen Tag nach der Hausdurchsuchung von der Polizei massiv gegen eine Protestdemonstration vorgegangen wurde? Festnahmen mit hanebüchernen Anschuldigungen erfolgten, wegen „schweren Raubes“, bei dem angeblich ein Demo-Teilnehmer, während die Polizei um sich schlug, ein Funkgerät „ärmeln“ wollte? Ein anderer gestoßen und umgeschubst wurde, so daß er mit dem Hinterkopf auf das Pflaster aufschlug und vom Rettungswagen zur stationären Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte? Wahre Hetzjagden nach Abschluß der Veranstaltung auf einzelne übriggebliebene Teilnehmer zwecks vorläufiger Festnahme erfolgten? Ein Mensch in die Polizeiwache geschleppt und mit Kabelbindern so gefesselt wurde, daß seine Schreie minutenlang aus der abgeriegelten Wache auf die Straße drangen?

Just an dem Tag, in dem in der örtlichen Zeitung ein Interview mit „Transparency International“-Vorstandsmitglied Anke Matiny abgedruckt war, in dem es um allgegenwärtige Korruption ging, mit Schadenssummen von 25 Milliarden Euro allein im Gesundheitswesen. Sie auf ein Buch des Harvard-Prof. Dr. Malcom K. Sparrow verweist, das den entlarvenden Titel trägt „License to Steal“. Und als SPD-Politikerin abschließend feststellt, daß bislang allein die „Grünen“ den Punkt Korruptionsbekämpfung in ihr Wahlprogramm aufgenommen haben?

Es wird langsam Zeit, daß sich ein paar mehr Menschen Gedanken darüber machen, wie weit sich Robert Jungks befürchteter „Atomstaat“ bereits entwickelt hat. Ein „demokratischer Staat“, in dem erst das Bundesverfassungsgericht Landesinnenminister in die Schranken verweisen muß, im Grundgesetz gegen willkürliche polizeiliche Überwachungsmaßnahmen gesetzt sind? Wenn offen einem rechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr



nicht nur im Ausland, sondern auch im Inneren das Wort geredet wird? Wenn ein Energiekonzernchef sich schamlos darüber freut, demnächst vielleicht seine Atomkraftwerke unkontrolliert auf altem technischen Stand weiterlaufen lassen zu dürfen, und es für absolut selbstverständlich hält, immer weitere Milliarden Gewinne abzukassieren, denn: „Welches Interesse sollten wirtschaftlich agierende Firmen an längeren Laufzeiten haben, wenn wir dadurch keinen Gewinn machen? Der Strompreis bildet sich am Markt. Und so sollte es bleiben“ (EON-Chef/ Atomforumspräsident Hohlefeldler in einem Interview v. 9.8.).

Wir müssen aufpassen, endlich wieder aktiv werden. Die „Richtlinien der Politik“ bestimmt schon lange nicht mehr „der Kanzler“. Wir müssen unsere Rechte wahrnehmen. Bürgerrechte. Grundrechte. Das Recht auf zivilen Ungehorsam. Verhindern, daß die Wirtschaft nicht auch noch Geist und Text des Grundgesetzes nach ihren Bedürfnissen maßschneidert.

Dieter Metk

Nachruf auf Traute Kirsch

Traute Kirsch hat den Menschen stets die Zusammenhänge zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Problemen vermittelt.

Wie Jakob von Uexküll bei seiner Rede im Jahr 2000 vor dem „Zwischenlager“ Gorleben hat sie die größte Bedrohung für Freiheit und Demokratie in der Welt in den unheiligen Allianzen zwischen Regierungen und Business-Sektor gesehen.

Sie entlarvte den „Atomkompromiss“ zwischen Atomindustrie und der Rot-Grünen Bundesregierung als Ausstiegslüge, mit der ein profitsicherndes Bestandsschutzgesetz für die Atomkonzerne gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt worden ist.

Traute Kirsch machte in vielen Texten und Briefen an die Abgeordneten deutlich, dass sich bei der politischen Selbstentmachtung das rechtspolitische Problem nicht verdrängen lässt: Mit der Zumutung des Risikos der atomaren Verseuchung als „sozialadäquate Last“ wurde die Sicherung und Unkontrollierbarkeit der Profite der Strom- und Atomkonzerne verfassungswidrig über die Grund- und Menschenrechte gestellt (Art. 1: Schutz der Menschenwürde, Art. 2: Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit)! Konsequenterweise entwickelte sie mit dem Arbeitskreis Atom im Landesverband NRW des BUND für Fahnen usw. den Widerstandslogan: „Schützt uns, nicht die Atomkraft!“ Denn sie hatte folgende Befürchtung: „Eine Politik, die Wirtschafts-

unternehmen das Eingehen unbeherrschbarer Risiken gestattet und sich dabei skrupellos über die Grundrechte der Bürger hinwegsetzt, begibt sich auf einen Weg, der zwangsläufig zur Beseitigung demokratischer Prinzipien und des Demokratieverständnisses in der Gesellschaft und damit zur Zerstörung der Demokratie führen muss.“ So führt der absolute Vorrang für die Profitmaximierung nicht nur zu einer Zerstörung der Umwelt bzw. der Lebensgrundlagen - auch für kommende Generationen, sondern auch zur Beseitigung des Sozialstaates und zur Auflösung der Demokratie.

Traute Kirsch hat in ihrem Redebeitrag zur Verleihung des Couragepreises im November 2004 eine direkte Verbindung von der schleichenden Missachtung der Würde des Menschen im Bereich der Umwelt zur Verletzung der Würde arbeitsloser Menschen durch die sogenannte Hartz-Gesetzgebung hergestellt. Denn für sie war der Wirtschaftsvorrang, wie er jetzt das neoliberale Denken der Politiker der etablierten Parteien im Bundestag beherrscht, mit der Achtung der Würde des Menschen nicht vereinbar. Traute Kirsch hat bereits 1997 konsequent gegen die Vorhaben der damaligen Umweltministerin Merkel und im Jahr 1999 gegen die Ablagerung von Atommüll auf einer Mülldeponie bei Schembeck in NRW gekämpft und sich dann im Jahr 2001 gegen die Änderung des Atomgesetzes und

der damit verbundenen Aufweichung des Strahlenschutzes durch die Rot-Grüne Koalition gestemmt.

Mit der Durchsetzung eines entfesselten Kapitalismus, der Sozial- und Umweltstandards mit Hilfe der Politiker zunehmend abstreift, spielen das Eingehen von Risiken für Mensch und Umwelt bei Genehmigungserteilungen, Kontrollen usw. heute kaum noch eine Rolle.

„Das Vorsorgeprinzip, das nach 1945 das Verwaltungsgeschehen prägte und auch in der Daseinsvorsorge der Gemeinden seinen Niederschlag gefunden hatte, wurde ersetzt durch das Prinzip des uneingeschränkten Wirtschaftsvorranges.“, stellt Traute Kirsch 2004 fest.

So sollten wir uns im Sinne von Traute Kirsch mit dem Abschluss der Rede des Jakob von Uexküll im Jahr 2000 für den notwendigen Kampf um die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte Mut machen. „Wenn unsere Regierungen ihre zentralen Versprechen verraten, wenn sie nicht mehr an die eigenen Ziele glauben, sondern nur noch als Diener der Marktherrschenden agieren, dann müssen wir nochmals alle Kräfte sammeln, damit der Gegenruck der Bürger noch stärker wird als der Druck der Lobbyisten, um unsere Demokratie zu schützen und um unsere Kinder und ihre Kinder von der atomaren Bedrohung zu befreien!“

Jürgen Kruse, Jameln-Breselenz, September 2005

September

- 8.9. bis 11.9. - Mahnwache für eine FRELe HEIDe Berlin, www.FRELeHEIDe.de
- 8.-10.9. - Internationaler Kongreß „Femme globale – Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert“, Berlin, www.femme-globale.de
- 9.9. - 20 Uhr „Völkermord in Ruanda“ Ref. Dieter Magsam in Platenlaase
- 14.9. - 20 Uhr Widerstandstreffen in Mützingen
- 15.9. - 19 Uhr Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen in Frankfurt/M. „Ausstieg aus dem Ausstieg? Wie weiter mit der Atomkraft?“ www.hbs-hessen.de
- 24.9. - 10.30 Uhr Herbstdemo mit Kundgebung in Schweinfurt, Postplatz
- 24.9. - 13 Uhr nationale Demo in Bar le Duc gg. Endlagerprojekt Bure www.burestop.org
- 30.9. - 2.10. - Konferenz „stoppt die WTO“/Aktionsplanung in Stuttgart www.attac.de/aktuell/handelglobal.php

Oktober

- 21.-23.10. - Internationale Wissenschaftler und NGO-Konferenz für ein fortschrittliches Nuklear-Völkerrecht in Salzburg, www.plage.cc
- 27.10. - 19 Uhr KHG Uni Lüneburg Veranstaltung „Braucht Gesellschaft Widerstand? – zwischen Recht, Pflicht, Notwendigkeit und Legimitation“

November und später

- 4./5.11. - Regio-Solar-Konferenz 2005 „Wärme von der Sonne“ in Fürstenfeldbruck, www.waerme-von-der-sonne.de
- 5.11. - Bundesweite Anti-Atom-Demo in Lüneburg
- 6.11. - Embryo in Platenlaase - Soli-Konzert Zugunsten des Widerstandes
- 7.11. oder 14.11. - **Castor-Castor-Castor-Castor-Castor ...**
- 17.11. - 9 bis 16 Uhr Tagung der Energieagentur NRW „Steigende Energiepreise – was tun?“ Stadthalle Wuppertal, www.ea-nrw.de
- 26.-30.11. - Weltversammlung für Erneuerbare Energien in Bonn, www.wcre.org
- 8./9.12. - I. Forum Bioenergie in Berlin, www.ggsc.de
- 13. – 18.12. - WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong, www.wto.org
- 8./9.2.06 - Wintertagung Deutsches Atomforum in Berlin
- 9.-12.3.06 - Internationaler Kongreß „20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft“, Montforthaus Feldkirch/Österreich

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr, Widerstandstreffen in Mützingen
- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 3. Sonntag 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergänge in Rossendorf/Dresden
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 2585 1335, Konto: 2060721
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Greenpeace-Umfrage: Deutsche lehnen Atomkraft ab

Atomkraft ist in Deutschland weiterhin unbeliebt. Das belegt eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Emnid-Umfrage, die am 1. August veröffentlicht wurde.

Dabei sprechen sich 70% aller Befragten für einen Ausstieg aus der Atomkraft aus. Davon plädieren 34% dafür, die deutschen Atomkraftwerke nach dem jetzigen Ausstiegsfahrplan abzuschalten, 26% fordern sogar einen schnelleren Ausstieg. Lediglich 13% der Befragten sind für einen unbegrenzten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke, nur 11% würden darüber hinaus den Bau neuer Atomkraftwerke akzeptieren. Am größten ist die Ablehnung mit 75%, wenn es um den Neubau eines Atomkraftwerkes in der eigenen Nachbarschaft geht. Den lehnen sogar 67% der CDU/CSU-Wähler ab, so die Umfragezahlen.

„Wenn Angela Merkel denkt, sie hätte für ihren Atomkurs die Akzeptanz der Wähler; dann liegt sie falsch“, sagt Christian Bussau, Atom-Experte von Greenpeace. „Die Menschen in Deutschland wollen keinen Rückfall ins Atomzeitalter, und das aus gutem Grund: Atomenergie ist gefährlich, sie ist nicht beherrschbar, sie ist anfällig für Terrorangriffe und sie produziert hochradioaktiven Müll, der noch Hunderttausende von Jahren strahlt. Für dieses Problem gibt es bis heute keine Lösung.“

Auch ein Endlager für Atom Müll in Gorleben stößt auf Ablehnung. 58% der Befragten sprechen sich dagegen aus. Sogar 50% der CDU/CSU-Wähler sind gegen ein Endlager Gorleben. In der Altersgruppe der 14-29-Jährigen sind es 73%. Bei ihnen ist die Ablehnung allgemein besonders hoch: 76% fordern ein Ende der Atomkraft. Speziell nach Laufzeitverlängerung gefragt, sagen 52%, dass sie diese für falsch halten. Während in anderen Altersgruppen die Ablehnung der Atomkraft im Vergleich zum Vorjahr gleich blieb oder leicht sank, hat sie bei den 14-29-Jährigen zum Teil stark zugenommen. So sprachen sich dieses Jahr 34% von ihnen für einen schnelleren Atomausstieg aus, 2004 waren es nur 26%. Besonders stark ist dieser Trend bei Schülern. Forderten 2004 noch 18% von ihnen ein schnelleres Abschalten der Atomkraftwerke, sind es dieses Jahr mit 39% mehr als doppelt so viele.

In der anstehenden Legislaturperiode sollen laut rot-grünem Ausstiegsfahrplan Biblis A, Neckarwestheim I, Biblis B und Brunsbüttel vom Netz gehen. „Das sind Reaktoren mit endlosen Mängellisten, die häufig wegen Sicherheitsproblemen vom Netz genommen werden mussten“, so Bussau. „Diese Reaktoren müssen abgeschaltet werden, um die Bevölkerung zu zu schützen.“

Das muss auch die CDU einsehen. Sie darf den Willen der deutschen Bevölkerung nicht einfach ignorieren.“ Greenpeace fordert von allen Parteien, aus der Atomkraft auszusteigen. Atomtechnik darf nicht exportiert werden, Gorleben darf nicht zum Endlager gemacht werden.

www.greenpeace.de

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: Horst Eckert, Francis Althoff

Bildmaterial: M. Neseemann.
Mitarbeit: B. Dannheim, R. Richter, J. Kruse, F. Althoff, R. Paul, D. Metk, GreenPeace, Jugendseite: J. Körschner.

Auflage: 1200

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow
Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197, bi-luechow@t-online.de, www.bi-luechow-dannenberg.de
Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di und Do 15 - 18 Uhr